

Deloitte Radar 2024

Ein Jahrzehnt des Stillstands am
Wirtschaftsstandort Österreich

MAKING AN
IMPACT THAT
MATTERS
since 1845

Impressum

Herausgegeben von Deloitte Services Wirtschaftsprüfungs GmbH
Redaktion: Armin Nowshad, Gina Grassmann, Theresa Kopper, Sepp Tschernutter
in Zusammenarbeit mit den Deloitte Expert:innen
Grafik und Layout: Claudia Hussovits

Inhalt

Vorwort	05
Executive Summary	06
Internationale Rankings	08
Stimmung am Wirtschaftsstandort Österreich	12
Analyse der Standortfaktoren	16
Standortfaktor Staat und Unternehmen	17
Standortfaktor Infrastruktur	20
Standortfaktor Digitalisierung und Innovation	22
Standortfaktor Arbeitsmarkt	24
Standortfaktor Lebensqualität	26
Wahljahr 2024 Was jetzt dringend zu tun ist	28
Methode und Sample	34



Vorwort

Mit der aktuellen Ausgabe des Deloitte Radar gehen wir bereits zum zehnten Mal in Folge der Frage nach, wie es um den Wirtschaftsstandort Österreich bestellt ist. Wie schneidet der Standort im internationalen Vergleich ab? Was macht ihn einerseits für Unternehmen, Investorinnen und Investoren sowie Talente attraktiv? Wo liegen andererseits die Schwächen? Und was muss getan werden, um die Alpenrepublik weiterzuentwickeln? Bei der Analyse dieser Fragen konzentrieren wir uns auf zwei Perspektiven:

Internationale Rankings und Bewertung von Standortfaktoren

Wie sich Länder und Standorte im globalen Vergleich über Jahre und Jahrzehnte schlagen, zeigen diverse internationale Rankings. Wir analysieren jene, die aus unserer Sicht erfolgsentscheidende Standortfaktoren abbilden.

Einschätzung der österreichischen Unternehmen

Ergänzend dazu erheben wir im Rahmen einer österreichweiten Befragung von rund 600 Führungskräften die Einschätzungen zu den Stärken, Schwächen und Handlungsempfehlungen für das Bestehen im internationalen Wettbewerb.

Die diesjährige Analyse zeigt vor allem eines: Österreich verharrt seit einem Jahrzehnt im europäischen Mittelfeld – und hat es bis dato nicht geschafft, aus diesem Stillstand auszubrechen.

Doch was bedeutet dieses ernüchternde Fazit für ein Wahljahr wie dieses? Wo muss jetzt angesetzt werden, um endlich in Schwung zu kommen? Auf den folgenden Seiten zeigen wir die wichtigsten Handlungsfelder für dieses Wahljahr und vor allem mögliche Lösungswege auf.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!

Harald Breit | Elisa Aichinger | Herbert Kovar



Harald Breit | CEO



**Elisa Aichinger |
Partnerin Consulting**



**Herbert Kovar |
Managing Partner Tax & Legal**

Executive Summary

Wirtschaftsstandort am Scheideweg

Österreich hat in den letzten Jahren an Wohlstand verloren – mit dieser Erkenntnis brachte die Statistik Austria im März 2024 auf den Punkt, woran der Wirtschaftsstandort krankt.

Wir erleben einen Stillstand in der Entwicklung unseres Standortes, der unser aller Zukunft gefährdet. Unternehmensverlagerungen sind Realität, das Wachstum ist gering, die Inflation viel zu hoch. Das ist zumindest die eine Seite.

Auf der anderen Seite zählt Österreich zu den reichsten Nationen der Welt, unsere exportorientierte Wirtschaft ist innovativ und erfolgreich. Und Fakt ist: In der Alpenrepublik lässt es sich immer noch gut leben.

Dieses Bild ist nur auf den ersten Blick widersprüchlich. Es stimmt, wir sind erfolgreich und es geht uns relativ gut. Aber der Erfolg steht auf tönernen Füßen, die Wirtschaft wächst deutlich schwächer als in vergleichbaren europäischen Ländern. Viele dieser Standorte sind innovativer, effizienter, moderner und erfolgreicher. Das belegen die Analysen der letzten Jahre, das zeigen verschiedenste Rankings, das bestätigen Unternehmensumfragen und das machen viele volkswirtschaftliche Parameter deutlich. Der Wirtschaftsstandort Österreich liegt im globalen und europäischen Vergleich bestenfalls im Mittelfeld – mit leicht sinkender Tendenz. Und Mittelmaß bedeutet langfristig Rückschritt. Österreich lebt heute vielfach von seinen Erfolgen aus der Vergangenheit und hat den Fokus aus den Augen verloren.

Schluss mit Mittelmaß: Top 5 in Europa als Ziel

2024 finden unter anderem in Österreich und Europa Parlamentswahlen statt. Die Wirtschaftspolitik sollte ein zentraler Bestandteil der Wahlauseinandersetzung sein, denn sie ist entscheidend für unseren Wohlstand heute und in Zukunft.

Österreich muss eine Aufholjagd starten mit dem Ziel, mittelfristig unter die Top 5 der europäischen Standorte zu kommen. Die ewigen Spitzenreiter Dänemark, Schweden, Finnland, die Schweiz und Irland sollten dabei unsere Benchmarks sein.

Mit dem Deloitte Radar haben wir in den letzten zehn Jahren eine Vielzahl von Vorschlägen erarbeitet, die zu einer positiven Entwicklung beitragen könnten. Viele davon sind in Arbeit oder teilweise umgesetzt. Dennoch gibt es einige Dauerbrenner, die bisher nicht beherzt angegangen wurden und die wir allen politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern mit auf den Weg geben wollen. Das Wichtigste: Wir müssen unsere Anstrengungen fokussieren und ein klares Zukunftsbild entwickeln.

In unserer Analyse haben die befragten Unternehmen ein umfangreiches Paket an Maßnahmen vorgeschlagen. Daraus lassen sich vor allem drei zentrale Hebel ableiten, um den Wirtschaftsstandort Österreich voranzubringen:

1

Mindset ändern und auf ein gemeinsames Ziel fokussieren

- Orientierung an den Besten
Masterplan 2030 – Österreich unter die Top 5 in Europa bringen
- Mehr Mut und Umsetzungswille
- Abbau der Bürokratie

**2**

Steuern und Abgaben senken, Bürokratie reduzieren

- Senkung Lohnnebenkosten für Unternehmen
- Senkung der Lohn- und Einkommenssteuern
- Vereinfachung und Digitalisierung der Verwaltung
- Bekämpfung der Inflation

**3**

Intelligent investieren und Potentiale heben

- Bildung, Bildung, Bildung
- Arbeitskräfteoffensive (Frauen, ältere Arbeitnehmer:innen, Integration, Zuwanderung)
- Nachhaltige Transformation des Energiesystems
- Massiver Ausbau von Forschung und Innovationsförderung



Internationale Rankings

Mit einem Anteil von mehr als 50 % an der österreichischen Wirtschaftsleistung ist die Exportwirtschaft das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Erfolg und Misserfolg des Standortes hängen daher in hohem Maße von der Attraktivität seiner Unternehmen, Produkte und Innovationen auf den Weltmärkten ab. Für wirtschafts- und investitionspolitische Entscheidungen ist ein regelmäßiger Vergleich mit anderen Standorten unerlässlich.

Der Deloitte Radar setzt daher unter anderem auf die kontinuierliche und langfristige Beobachtung internationaler Rankings. Auch wenn diese Rankings Momentaufnahmen darstellen und nicht alle Faktoren abbilden können, zeigen sie im langfristigen Vergleich deutlich, wie der Standort im internationalen Vergleich positioniert ist.

Von Platz 14 auf 24: Österreich fällt sukzessive zurück

Ein Blick auf die Entwicklung Österreichs seit der Finanzkrise 2009 im wichtigsten globalen Ranking, dem World Competitiveness Index des IMD, zeigt ein eindeutiges Bild: Während Österreich 2008 noch auf Platz 14 lag, reicht es 2023 nur mehr für Platz 24. Zwar konnte sich das Land zwischenzeitlich erholen (2015: Platz 16), danach ging es aber wieder kontinuierlich abwärts.

Im direkten Vergleich der europäischen Länder liegt Österreich im Durchschnitt regelmäßig um Platz 10 und damit nur im Mittelfeld. Auffallend ist vor allem, dass vergleichbar große Länder wie Schweden, Dänemark, Finnland, Irland, die Niederlande oder die Schweiz in den Rankings konstant vor der Alpenrepublik liegen.

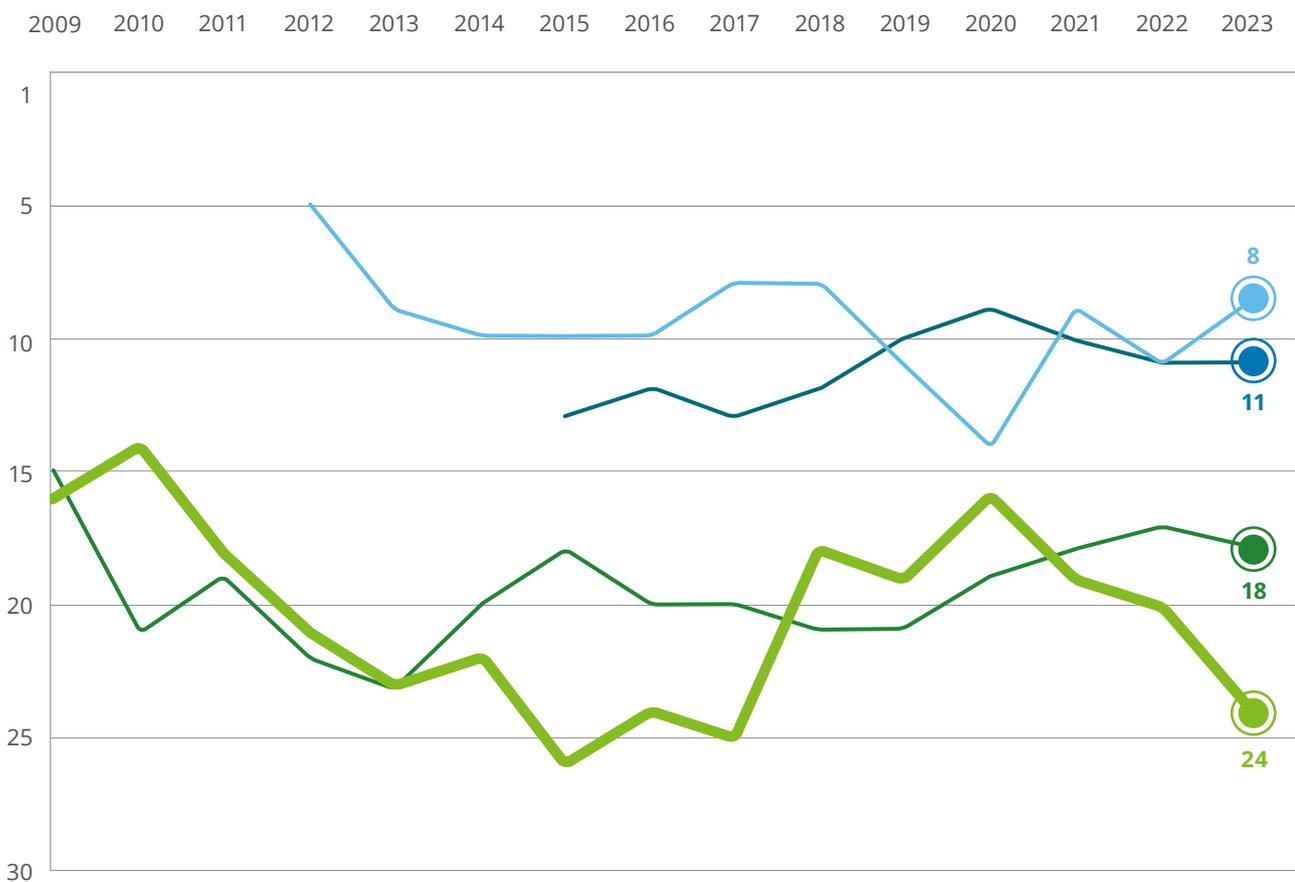
Etwas besser sieht es in Spezialrankings wie dem World Happiness Report (2023 Platz 7 in Europa, Platz 11 weltweit) oder dem Global Sustainable Competitiveness Index (2023 Platz 8 in Europa und weltweit) aus. Im wichtigen Global Innovation Index liegt Österreich 2023 auf Platz 18, hier gab es in den letzten zehn Jahren kaum Bewegung und ein Spitzenplatz ist nicht in Sicht.

Stillstand bedeutet Rückschritt

Österreich bewegt sich seitwärts statt aufwärts. Im internationalen Kontext bedeutet Stillstand aber Rückschritt. Wenn sich andere Länder konstant besser entwickeln, verlieren wir auf Dauer an Wohlstand und damit an Sicherheit für alle.

Die Ergebnisse der zugrundeliegenden Umfragen und Einschätzungen von Expertinnen und Experten zeigen, an welchen Stellschrauben gedreht werden müsste, um einen Sprung nach vorne zu machen.

Indizes Ranking Österreich 2009 - 2023



2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	
16	14	18	21	23	22	26	24	25	18	19	16	19	20	24	World Competitiveness Index
15	21	19	22	23	20	18	20	20	21	21	19	18	17	18	Global Innovation Index
						13	12	13	12	10	9	10	11	11	World Happiness Report
		4	9	10	10	10	10	8	8	11	14	9	11	8	Global Sustainable Competitiveness Index

Top Nationen im internationalen Vergleich

2013/2014

Rang	World Competitiveness Index (IMD) 2013	Global Innovation Index (WIPO) 2013	World Happiness Report (UN) 2013	Global Sustainable Competitiveness Index 2013
1	USA	Schweiz	Dänemark	Dänemark
2	Schweiz	Schweden	Norwegen	Schweden
3	Hong Kong	Vereinigtes Königreich	Schweiz	Finnland
4	Schweden	Niederlande	Niederlande	Norwegen
5	Singapur	USA	Schweden	Schweiz
6	Norwegen	Finnland	Kanada	Deutschland
7	Kanada	Hong Kong	Finnland	Kanada
8	Vereinigte Arab. Emirate	Singapur	Österreich	Irland
9	Deutschland	Dänemark	Island	Österreich
10	Katar	Irland	Australien	Luxemburg
11	Taiwan	Kanada	Israel	Niederlande
12	Dänemark	Luxemburg	Costa Rica	Japan
13	Luxemburg	Island	Neuseeland	Island
14	Niederlande	Israel	Vereinigte Arab. Emirate	Neuseeland
15	Malaysia	Deutschland	Panama	Frankreich
16	Australien	Norwegen	Mexiko	Slowenien
17	Irland	Neuseeland	USA	Tschechische Republik
18	Vereinigtes Königreich	Korea	Irland	Estland
19	Israel	Australien	Luxemburg	Spanien
20	Finnland	Frankreich	Venezuela	Portugal
23	Österreich	Österreich		

2023/2024

Rang	World Competitiveness Index (IMD) 2023	Global Innovation Index (WIPO) 2023	World Happiness Report (UN) 2023	Global Sustainable Competitiveness Index 2023
1	Dänemark	Schweiz	Finnland	Schweden
2	Irland	Schweden	Dänemark	Finnland
3	Schweiz	USA	Island	Island
4	Singapur	Vereinigtes Königreich	Israel	Schweiz
5	Niederlande	Singapur	Niederlande	Norwegen
6	Taiwan/China	Finnland	Schweden	Dänemark
7	Hong Kong	Niederlande	Norwegen	Estland
8	Schweden	Deutschland	Schweiz	Österreich
9	USA	Dänemark	Luxemburg	Lettland
10	Vereinigte Arab. Emirate	Korea	Neuseeland	Slowenien
11	Finnland	Frankreich	Österreich	Portugal
12	Katar	China	Australien	Japan
13	Belgien	Japan	Kanada	Irland
14	Norwegen	Israel	Irland	Litauen
15	Kanada	Kanada	USA	Deutschland
16	Island	Estland	Deutschland	Vereinigtes Königreich
17	Saudi Arabien	Hong Kong	Belgien	Frankreich
18	Tschechische Republik	Österreich	Tschechische Republik	Tschechische Republik
19	Australien	Norwegen	Vereinigtes Königreich	Niederlande
20	Luxemburg	Island	Litauen	Luxemburg
24	Österreich			

Herausgeber:
IMD - International Institute for Management Development (Schweiz)

Anzahl der untersuchten Nationen:
64 Industrienationen (2022: 63)

Veröffentlichung:
Seit 1989, jährlich, zuletzt im Juni 2023

Erhebungsmethode:
Umfassende Executive Opinion Survey sowie statistische Kennzahlen internationaler Institutionen (z.B. OECD, World Bank)

Herausgeber:
WIPO - World Intellectual Property Organization (Schweiz)

Anzahl der untersuchten Nationen:
132 Volkswirtschaften

Veröffentlichung:
Seit 2007, jährlich, zuletzt 2023

Erhebungsmethode:
Analyse der Innovationsfähigkeit und -unterstützung anhand diverser Indikatoren in Bereichen wie Infrastruktur, Bildung, Knowledge, Kapazitäten und Innovations-Output

Herausgeber:
Sustainable Development Solutions Network der Vereinten Nationen

Anzahl der untersuchten Nationen:
137 Länder (2022: 146)

Veröffentlichung:
Seit 2012, jährlich, zuletzt im März 2023

Erhebungsmethode:
Partnerschaft von Gallup, dem Oxford Wellbeing Research Centre, dem UN Sustainable Development Solutions Network und der Redaktion des WHR

Herausgeber:
SolAbility, ein unabhängiger Sustainability Think Tank und Berater (Schweiz/Südkorea)

Anzahl der untersuchten Nationen:
180 Länder

Veröffentlichung:
Seit 2012, jährlich, zuletzt im November 2023

Erhebungsmethode:
Misst anhand von 106 (2022: 188) Indikatoren die Nachhaltigkeit der Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft; basierend auf Daten der World Bank Database, verschiedenen UN-Institutionen, OECD, IEA

Stimmung am Wirtschaftsstandort Österreich

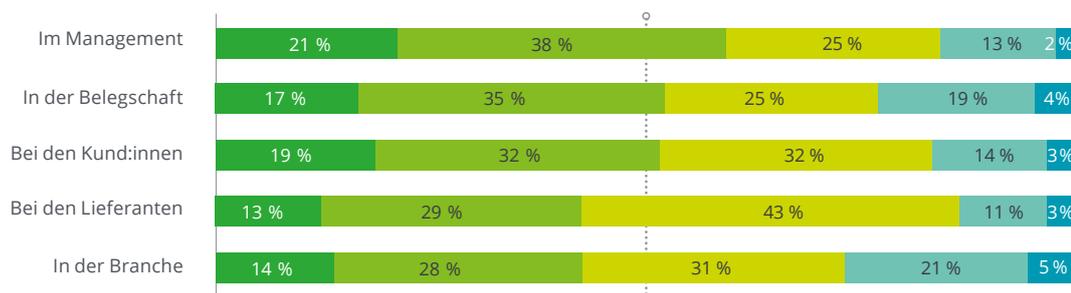
Wir haben für diese Ausgabe des Deloitte Radar in einer repräsentativen Online-Umfrage rund 600 Führungskräfte aus ganz Österreich um ihre Einschätzungen zur Lage des Wirtschaftsstandortes befragt.

Die Antworten zur Stimmung in den Unternehmen und generell am Standort zeigt ein divergierendes Bild: Die befragten Führungskräfte sehen die Gemütslage im eigenen Unternehmen überwiegend positiv. Die Stimmung im Management wird von 59% der befragten Führungskräfte mit „Gut“ oder „Sehr gut“ bewertet, nur 15% vergeben ein „Genügend“ oder „Nicht genügend“. Auch in der Belegschaft nimmt man überwiegend gute Stimmung wahr: So bewerten diese zumindest 52 % als „Gut“ oder „Sehr gut“ und nur 23 % als „Genügend“ oder „Nicht genügend“. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Kundinnen und Kunden sowie – etwas schwächer, aber immer noch positiv – bei den Lieferanten und in der Branche. Die heimischen Unternehmen scheinen also zuversichtlich zu sein, was die eigene Entwicklung betrifft.

Die Einschätzung der allgemeinen Stimmung am Standort fällt jedoch deutlich schlechter aus. Hier bewertet fast jeder zweite Befragte die Stimmung nur mit „Genügend“ oder „Nicht genügend“ und nur rund ein Viertel (26 %) der Befragten vergibt ein „Gut“ oder „Sehr gut“.

Auf den ersten Blick scheint das widersprüchlich, auf den zweiten Blick zeigt sich aber auch im Vergleich zu den vorangegangenen Radar-Analysen ein klarer Trend: Die Zufriedenheit mit der Standortpolitik sinkt kontinuierlich, die Unternehmen trotzen dieser Entwicklung und setzen mit großer Kraftanstrengung auf ihre eigenen Ressourcen und Fähigkeiten. Das spricht für den vorhandenen Unternehmergeist, ist aber vor allem auch als Weckruf für eine aktive Wirtschaftspolitik zu verstehen – denn vor dem Hintergrund immer größer werdender Herausforderungen stellt sich die Frage, wie lange diese Resilienz noch aufrecht gehalten werden kann. In einigen Branchen wie dem Handel gibt es heuer bereits Rekord-Pleitezahlen und in der Industrie droht eine schleichende Abwanderung, die Deindustrialisierung Österreichs ist eine veritable Gefahr. Das hat nicht zuletzt eine kürzlich veröffentlichte [Deloitte Studie im Auftrag der WKO](#) gezeigt.

Wie ist aktuell die Stimmung unter Österreichs Unternehmen?



Wie wird aktuell die generelle Stimmung am Wirtschaftsstandort Österreich wahrgenommen?



Lagebild im europäischen Vergleich

Die aktuelle Lage des Standortes Österreich im europäischen Vergleich wird uneinheitlich bewertet. Die meisten Zuordnungen liegen im Mittelfeld, variieren zwischen „Befriedigend“, „Gut“ oder „Genügend“, was auf eine deutliche Ambivalenz hindeutet.

Die allgemeine Resilienz des Wirtschaftsstandortes bewerten insgesamt 41 % mit „Gut“ oder „Sehr gut“, 39 % mit „Befriedigend“ und 19 % mit „Genügend“ oder „Nicht genügend.“ Das Wirtschaftswachstum benoten 43 % mit „Genügend“ oder „Nicht genügend“, aber immerhin noch 28 % mit „Gut“ oder „Sehr gut“. Angesichts der Rezession im Jahr 2023 ist diese Einschätzung bemerkenswert.

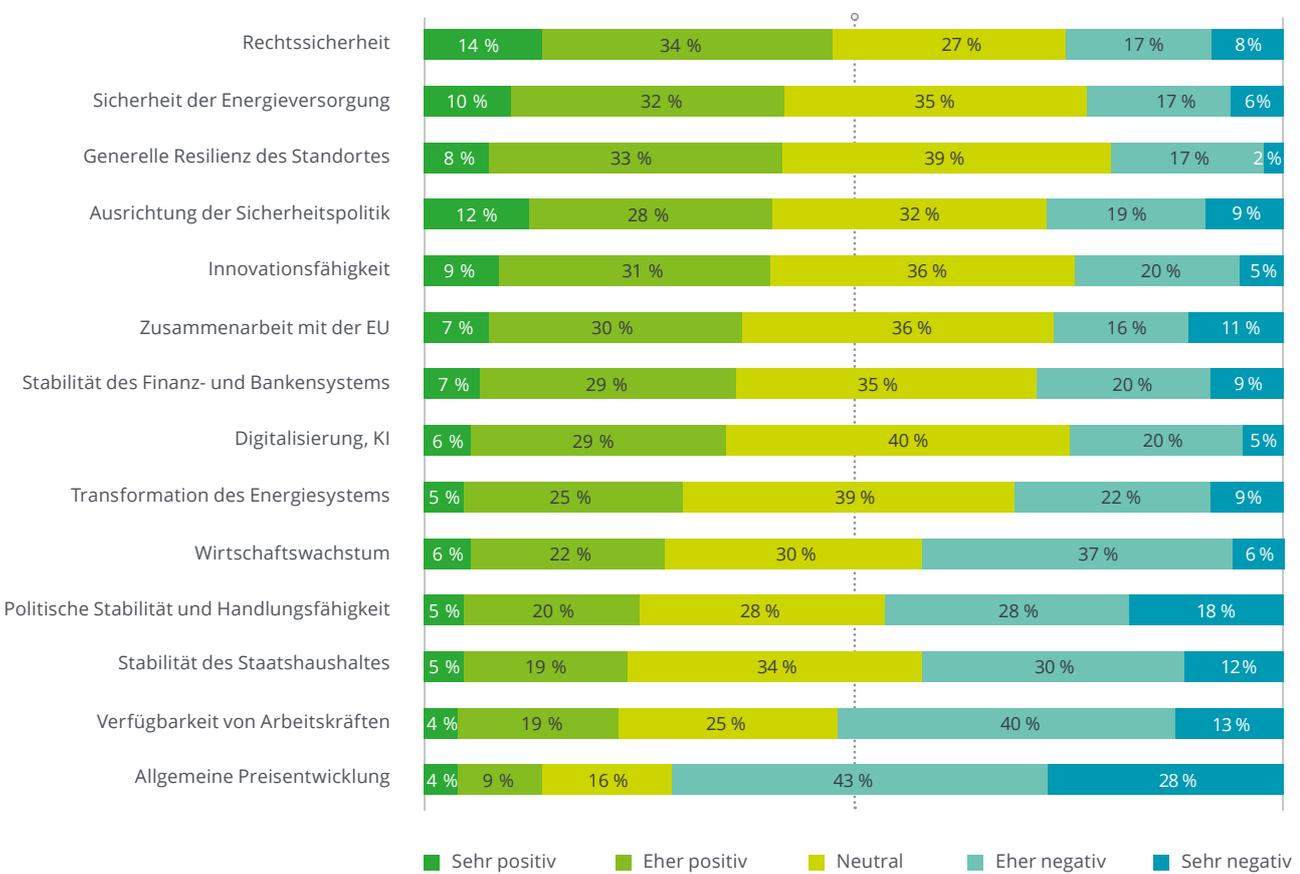
Lediglich bei den Themen Preisentwicklung und Arbeitskräftemangel zeigt sich eine deutlichere Unzufriedenheit: 71 % bewerten ersteres mit „Genügend“ oder „Nicht genügend“, 53 % vergeben diese Noten beim Thema Arbeitskräftemangel. Eher positiv beurteilt werden die Rechtssicherheit (48 % „Gut“ oder „Sehr gut“) und die Innovationsfähigkeit (40% „Gut“ oder „Sehr gut“, allerdings auch 25 % „Genügend“ oder „Nicht genügend“).

Die politische Stabilität und Handlungsfähigkeit Österreichs bekommt von 46 % der Befragten das Urteil „Genügend“ oder „Nicht genügend“, nur 25 % sind damit zufrieden („Gut“ oder „Sehr gut“). Weitere wichtige Themen wie die Stabilität des Finanz- und Bankensystems, die Zusammenarbeit mit der EU, die Transformation des Energiesystems oder die Sicherheit der Energieversorgung werden ambivalent gesehen.

Das unbefriedigende Fazit: Nicht Fisch, nicht Fleisch am Standort Österreich.



Wie schätzen die Unternehmen die aktuelle Lage des Standortes Österreich im europäischen Vergleich ein?



Analyse der Standortfaktoren



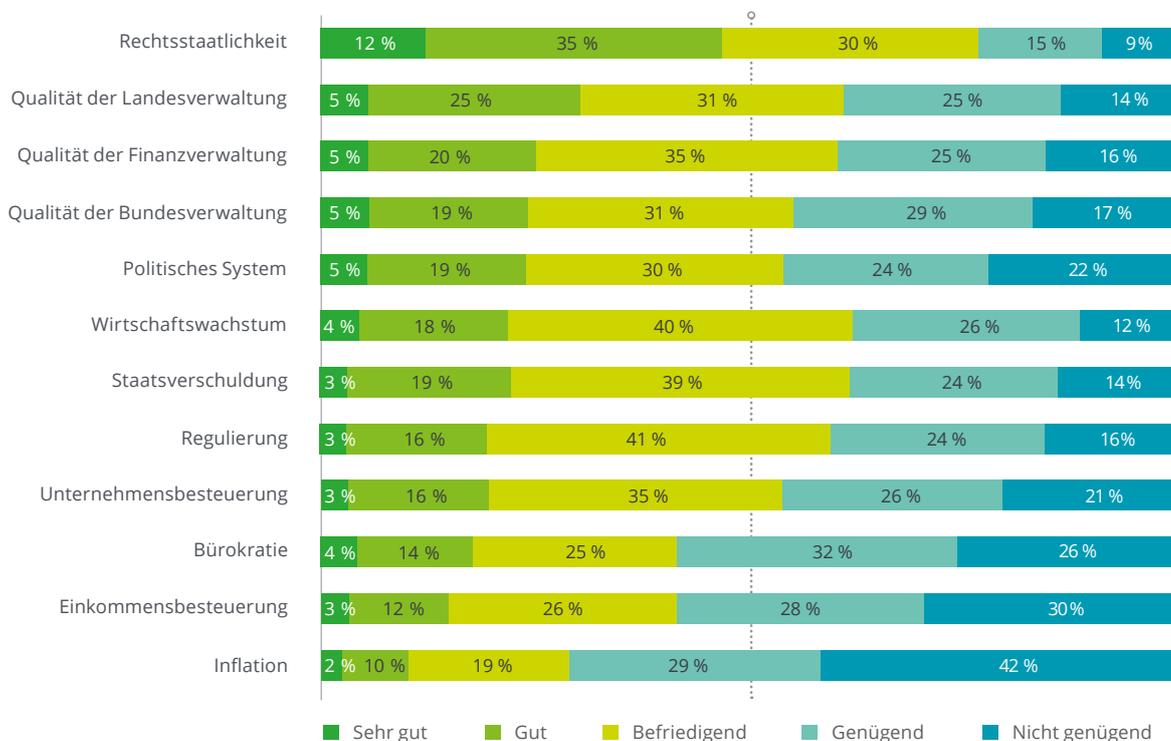
Standortfaktor Staat und Unternehmen

Handlungsfelder: Inflation, Wachstum, Bürokratie, Steuern



Die österreichische Wirtschaft ist 2023 erstmals seit vielen Jahren wieder in eine Rezession gerutscht und musste einen Rückgang des BIP um 0,8 % hinnehmen. Für das Jahr 2024 gehen die WIFO-Prognosen von einem sehr geringen Wachstum von nur 0,2 % aus. Damit liegt Österreich im europäischen Vergleich im untersten Drittel. Einen ähnlichen Trend erlebt die Volkswirtschaft hinsichtlich der Preisentwicklung: Mit einer Inflationsrate von 7,8 % im Jahr 2023 und einer prognostizierten Inflationsrate 2024 von 3,8 % ist Österreich laut WIFO auch hier im negativen Spitzenfeld des Euroraumes zu finden.

Wie gut sehen die Unternehmen den Standort Österreich im Bereich *Staat und Unternehmen* im internationalen Vergleich aufgestellt?



Diese schwierigen Rahmenbedingungen werden auch von den Unternehmensvertreterinnen und -vertretern als zentrale Problemfelder benannt: 71 % der Befragten beurteilen die Entwicklung der Inflation in Österreich mit „Genügend“ oder „Nicht genügend“, 78 % bewerten das Wirtschaftswachstum zwischen „Befriedigend“ und „Nicht genügend“.

Neben den makroökonomischen Rahmenbedingungen gibt es eine Reihe von Standortfaktoren, die von den Unternehmen im europäischen Vergleich deutlich negativer beurteilt werden. Im Bereich der Unternehmens- und Einkommensbesteuerung vergibt rund die Hälfte der Befragten ein „Nicht genügend“ oder „Genügend“. Die Bürokratie, die Unternehmen in ihrer Tätigkeit begleitet, wird von 58 % mit „Nicht genügend“ oder „Genügend“ beurteilt. Auch das politische System, das sich für die Standortpolitik verantwortlich zeichnet, wird nur von 24 % mit „Sehr gut“ oder „Gut“ benotet, 30 % vergeben ein „Befriedigend“ und 46 % „Genügend“ oder „Nicht genügend“. Lediglich beim Standortfaktor Rechtsstaatlichkeit ergibt sich ein leicht positiver Saldo.

Empfehlungen:

Die dringendsten Handlungsfelder aus Sicht der Wirtschaftstreibenden sind die Bekämpfung der Inflation und die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. Um die Unternehmen dabei zu unterstützen, sind vor allem Entlastungen bei den Einkommens- und Unternehmenssteuern sowie der Abbau von Bürokratie notwendig.



Harald Breit | CEO

Für einen starken Wirtschaftsstandort wäre es wichtig, dass unternehmerisches Handeln wieder mehr anerkannt und wertgeschätzt wird – und nicht behindert oder gar diskreditiert.

Von der Politik braucht es jetzt mehr Mut zu echten Reformen. Vor allem in den Bereichen Bildung und Digitalisierung muss man endlich ins Tun kommen, aber auch hinsichtlich der Entbürokratisierung der Verwaltung und der Sicherstellung eines nachhaltigen Pensionssystems gibt es Handlungsbedarf.

Generell fällt auf: Die Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung ist deutlich schlechter als es die aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage im Land nahelegen würde. Das wiederum führt zu einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft. Es ist die Aufgabe der Politik, hier für mehr Optimismus zu sorgen und vorhandene Gräben zu beseitigen.

”

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Fachkräftemangels gilt es unbedingt eine weitere Abgabentlastung beim Faktor Arbeit zu schaffen, um die knappen Personalressourcen aus dem In- als auch Ausland anzusprechen.

Daneben wird aber auch massiv Kapital benötigt, damit Geschäftsmodelle am Standort Österreich – nicht zuletzt in Richtung Green Economy – adäquat verändert werden können. Dafür sollten die Abgabenmaßnahmen endlich so gestaltet werden, dass sie keine abschreckende Wirkung auf Investoren haben. Die notwendige Veränderung der Geschäftsmodelle braucht unbedingt junge Unternehmerinnen und Unternehmer aus dem In- und Ausland. Daher wird es zunehmend wichtig, den Standort Österreich nicht mit Enteignungssteuern zu zerstören.



Herbert Kovar | Managing Partner Tax & Legal

”



Friedrich Wiesmüller | Managing Partner Audit & Assurance

Um den Anschluss an das europäische Spitzenfeld nicht zu verlieren und unsere Wettbewerbsfähigkeit zu bewahren, braucht es eine langfristige Standort-Strategie unserer politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger sowie deren engagierte Umsetzung.

Konkret sollten vor allem die Digitalisierung, die Ausbildung junger Talente, die weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie eine Reform des Pensionssystems vorangetrieben werden. Gleichzeitig braucht es aber auch eine Abkehr vom Gießkannenprinzip bei Unterstützungen und Förderungen. Und auch die Entbürokratisierung wäre ein wichtiger Erfolgsfaktor. Vor allem die Abkehr vom Goldplating hinsichtlich EU-Vorgaben und deren maßvolle Umsetzung unter der Berücksichtigung der Größe und Komplexität unseres Landes sowie der Mehrzahl der Unternehmen wären dahingehend erste wichtige Schritte.

”

Um den dringendsten Mangel am Arbeitsmarkt zu bekämpfen, braucht es vor allem eine Arbeitsmarktreform, die Arbeit nicht nur belohnt, sondern Mehrarbeit auch incentiviert. Da ist vor allem durch die steuerliche Entlastung von Vollzeitarbeit und von Lohnnebenkosten bei gleichzeitiger sukzessiver Reduktion des Arbeitslosengeldes unter das derzeitige Niveau zu erreichen.

Was unser Wirtschaftsstandort ebenfalls braucht, ist eine echte Budgetdisziplin, um auch für die Zukunft der jungen Generationen eine gute Basis zu legen. Dazu gehört vor allem eine Reform des Pensionssystems und eine Reduktion des überbordenden Föderalismus, um die Verwaltung Österreichs zu entschlacken. Generell braucht es eine Reduktion der Bürokratie und verstärktes Sparen auf Seiten des Staates, beispielsweise auch bei Ausgaben wie der Parteienförderung, die auf das relative Niveau der Bundesrepublik Deutschland gesenkt werden sollte.



Gottfried Spitzer | CFO und Leader Deloitte Private

Standortfaktor Infrastruktur

Handlungsfelder: Versorgungssicherheit
mit Energie gewährleisten



Der Standortfaktor Infrastruktur wird hierzulande seit vielen Jahren sowohl in internationalen Rankings als auch bei nationalen Befragungen positiv bewertet. Dazu beigetragen haben sowohl die gut ausgebaute Straßen- und Schieneninfrastruktur als auch stabile Energieversorgungsnetze. Mit der aktuellen Energiekrise, ausgelöst durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, sind jedoch deutliche Unsicherheiten im Bereich der Energieversorgung aufgetreten. Insbesondere die Versorgung der Industrie mit Gas steht auf wackeligen Beinen.

Dennoch sieht die Mehrheit der befragten Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter Österreich in diesem Bereich nach wie vor gut aufgestellt: 58 % benoten die Verkehrsinfrastruktur mit „Sehr gut“ oder „Gut“, 65 % bewerten das Transportwesen entsprechend. Auch für die Telekom-Infrastruktur (67 %) und die Versorgungssicherheit mit Strom (62 %) wird mehrheitlich ein „Sehr gut“ oder „Gut“ vergeben. Etwas geringer, aber immer noch tendenziell positiv wird die aktuelle Versorgungssicherheit mit Gas und Öl beurteilt.



**Gerhard Marterbauer |
Partner Audit & Assurance
und Leader Energy and
Resources Österreich**

Beim Ausbau erneuerbarer Energien braucht es hierzulande ein noch stärkeres politisches Engagement. Besonders wichtig wären in diesem Zusammenhang eine bessere und schnellere Rechtsdurchsetzung, ein gutes gesamtheitliches energiewirtschaftliches Modell, die Gewährleistung von genügend Speicherkraftwerken und Speichermedien wie Batterien oder der Ausbau der Leitungskapazitäten.

Zudem wäre ein kapitalfreundlicheres Klima am Standort wünschenswert. So sollte beispielsweise der Erwerb von Aktien auch für breitere Bevölkerungsschichten attraktiviert werden, etwa durch die Abschaffung der Kursgewinnbesteuerung nach einer gewissen Behaltefrist.

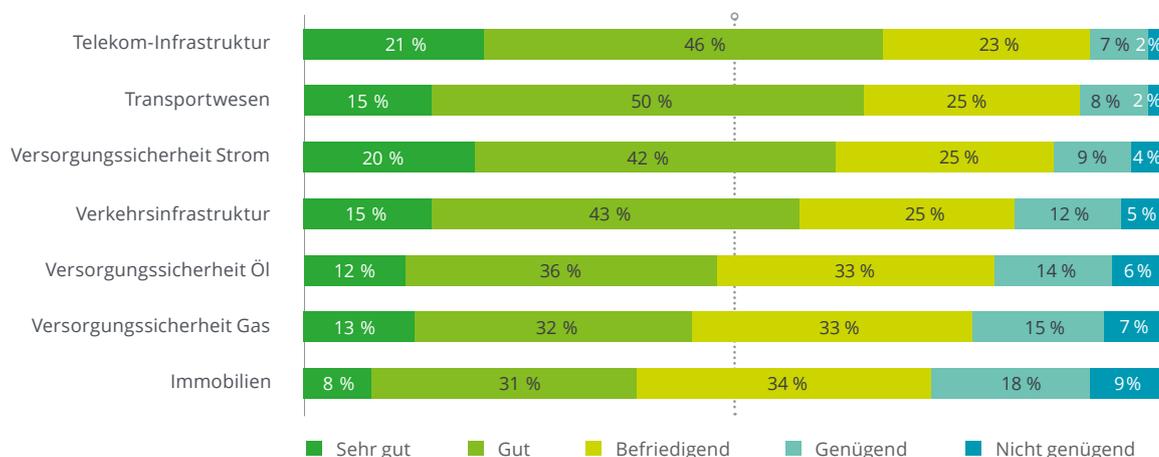
Insgesamt muss in diesen unsicheren Zeiten klar die Förderung der Wirtschaft im Fokus stehen. Das bedeutet auch, dass die Inflationsbekämpfung möglichst nicht durch Eingriffe in die Privatautonomie – Stichwort Mietpreisdeckel – angegangen werden sollte, sondern vielmehr durch begleitende, incentivierende Maßnahmen.



Empfehlungen:

Für Österreich ist es vor allem in den nächsten Jahren wichtig, die Versorgung mit Gas sicherzustellen. Dazu müssen neue Lieferquellen und Transportwege erschlossen werden. Die aktuellen Diskussionen dazu zeigen, dass hier in den letzten zwei Jahren zu wenig passiert ist. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass die positiven Infrastrukturqualitäten durch kontinuierliche Investitionen der öffentlichen Hand erhalten bleiben. Langfristig muss der Ausbau der Erneuerbaren Energien mit mehr Nachdruck vorangetrieben werden. Denn nur mit Energie aus wirklich nachhaltigen Quellen kann die Alpenrepublik langfristig zukunftsfit und unabhängig von unsicheren Gaslieferanten gemacht werden.

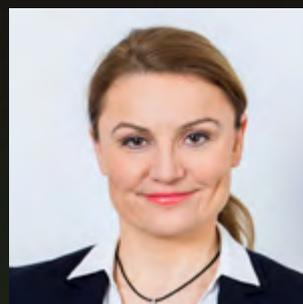
Wie gut sehen die Unternehmen den Standort Österreich im Bereich *Infrastruktur* im internationalen Vergleich aufgestellt?



Im Immobilienbereich gibt es in Österreich einiges zu tun. Um den Erwerb von Eigenheimen insbesondere für Jungfamilien zu erleichtern, braucht es eine Lockerung der Kreditvergaberichtlinien der KIM-Verordnung sowie gesetzliche Regelungen, die eine verantwortungsvolle Vergabe von Wohnkrediten zulassen.

Weiters ist es notwendig vernünftige Lösungen mit Fokus auf leistbares und soziales Wohnen zu finden. Diese Lösungen dürfen jedoch nicht zu Lasten der privaten oder gewerblichen Vermieter getroffen werden, da dies zu einem Rückgang der Investitionstätigkeit am österreichischen Immobilienmarkt führen wird. In der Vergangenheit war Österreich - aufgrund der Gemeindebauten und gemeinnützigen Bauvereinigungen - Vorzeigeland für leistbares bzw. soziales Wohnen. Es sollte wieder mehr Fokus hierauf gerichtet und die erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst werden.

Überfällig ist auch eine Reform des Mietrechts, die allerdings nicht dazu führen soll, dass die Rechte und Pflichten der Vermieter noch weiter verschärft werden. Vielmehr ist es an der Zeit, das MRG zu entrümpeln und an moderne Bedingungen auch unter dem Aspekt Umweltschutz und Nachhaltigkeit anzupassen. So gilt es ökologisch verantwortliches Bauen und Renovieren weiter zu fördern. Dafür könnten etwa Anreize wie Steuervergünstigungen oder finanzielle Unterstützung für Bauvorhaben, die bestimmte Umweltstandards erfüllen, eingeführt oder weiter ausgebaut werden.



Gabriele Etzl | Partnerin und Leader Real Estate bei Deloitte Legal

Standortfaktor Digitalisierung und Innovation

Handlungsfelder: Digitalisierungsoffensive in öffentlicher Verwaltung, Bildungs- und Gesundheitssystem



Der Standortfaktor Digitalisierung und Innovation steht exemplarisch für die allgemeine Position Österreichs im europäischen Vergleich: Wir sind recht gut unterwegs, aber andere Länder sind schneller und weiter in der Umsetzung. Die Alpenrepublik fällt zwar nicht weiter zurück, holt aber auch nicht auf.

Tendenziell positiv sehen die Befragten vor allem den Bereich der Forschungsförderung, die allgemeine F&E-Quote und den Breitbandausbau. Auch die generelle Innovationskraft am Standort wird eher positiv beurteilt. Bei der Entwicklung und dem Einsatz von KI sind die Führungskräfte in ihrer Bewertung noch unentschieden und vergeben mehrheitlich ein „Befriedigend“.

Auffällig ist jedoch die negative Bewertung in anderen Bereichen: Mehr als ein Drittel (35 %) beurteilt die Digitalisierung des Bildungssystems mit „Genügend“ oder „Nicht genügend“, ähnlich negativ werden die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung (27 % „Genügend“ oder „Nicht genügend“) und die Digitalisierung des Gesundheitssystems eingeschätzt (34 % „Genügend“ oder „Nicht genügend“).



**Evrin Bakir | Managing
Partnerin Consulting**



Um den österreichischen Wirtschaftsstandort zu stärken, muss Technologie noch mehr in den Fokus rücken. Dafür braucht es jetzt Investitionen, die entsprechende Aktivierungs- und Bildungsprogramme ermöglichen. Vor allem dem Thema Artificial Intelligence sollten Wirtschaft und Politik offener entgegenreten und KI als große Chance sehen.

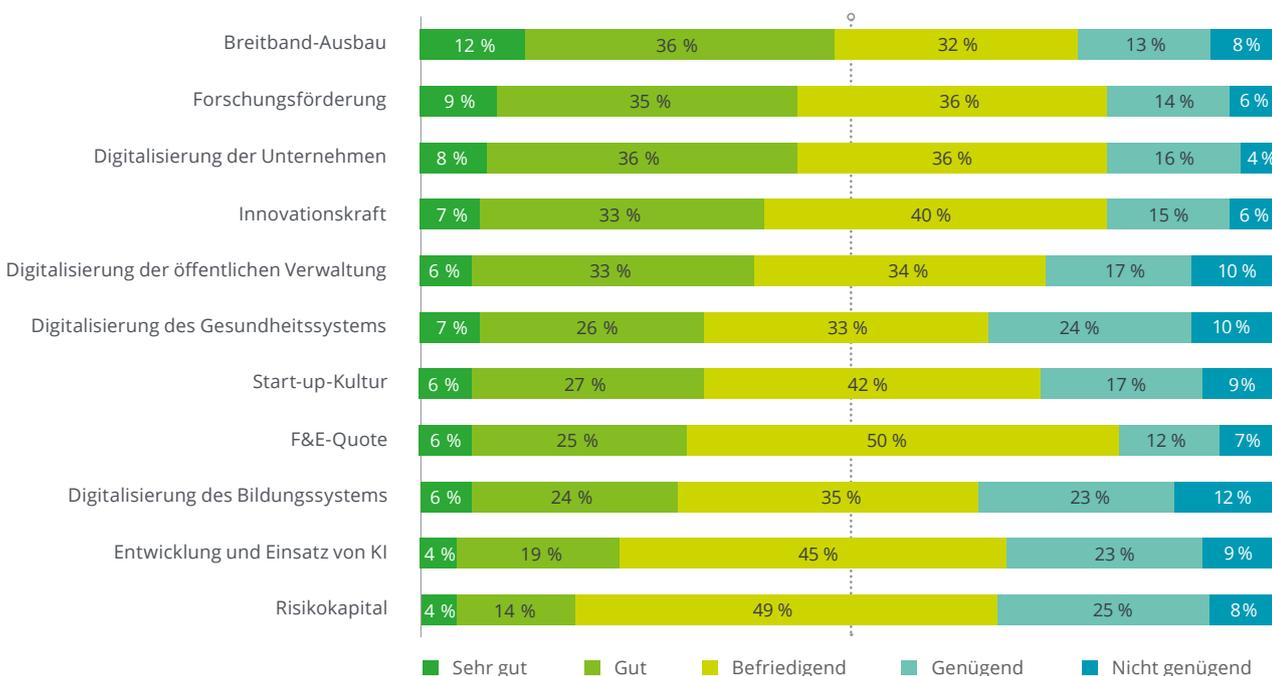
Zudem wünsche ich mir, dass wir unser Augenmerk künftig vor allem auch auf junge Talente richten. Um diese anzusprechen, gilt es Österreich als Wirtschaftsstandort auch im Ausland aktiver zu promoten. Denn nur so können wir das Problem des Fach- und Arbeitskräftemangels auf lange Sicht lösen.

Zusätzlich brauchen wir jetzt vor allem Mut zur Kooperation – und zwar in den unterschiedlichsten Bereichen. Um im Technologieumfeld Spitzenreiter zu werden, ist die interdisziplinäre und länderübergreifende Zusammenarbeit das A und O. Aber auch im Nachhaltigkeitsbereich können Innovationen nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen.

Empfehlungen:

Innovation ist ein zentraler Hebel für Wettbewerbsfähigkeit. Österreichs Unternehmen sind grundsätzlich gut aufgestellt, allerdings gibt es deutlichen Nachhol- bzw. Beschleunigungsbedarf bei der umfassenden Digitalisierung der öffentlichen Bereiche Bildung, Gesundheit und Verwaltung. Diese Baustellen bestehen bereits seit langem und gerade die Defizite in der Bildung sind langfristig eine Gefahr für den Standort, schließlich werden in den Schulen die künftigen Generationen an Arbeits- und Führungskräften ausgebildet und fit für eine Welt im Wandel gemacht – oder eben nicht.

Wie gut sehen die Unternehmen den Standort Österreich im Bereich *Digitalisierung und Innovation* im internationalen Vergleich aufgestellt?



Zum Wahljahr 2024 wünsche ich mir für den Wirtschaftsstandort Österreich mehr Mut für Investition in Digitalisierung, um weiterhin im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Unternehmen müssen die neuen Technologien in der gesamten Wertschöpfungskette verankern, um agiler und resistenter auf Herausforderungen reagieren zu können.

Angesichts der ungewissen geopolitischen Lage darf der Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Effizienzsteigerung keinesfalls vernachlässigt werden. Schließlich, und das ist der Dreh- und Angelpunkt, sollte die Politik unbedingt den Fokus auf die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Attraktivität unseres Industriestandorts legen.

Ein integrierter Mix aus strategischen Maßnahmen wird dringend gebraucht, um den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen adäquat zu begegnen und letztlich Österreich auch in Zeiten von Unsicherheit und Veränderung wirtschaftlich erfolgreich zu halten.



Josef El-Rayes | Partner und KI-Experte

Standortfaktor Arbeitsmarkt

Handlungsfelder: Arbeitskräftemangel als Top-Priorität



Der österreichische Arbeitsmarkt ist seit einigen Jahren durch einen deutlichen Mangel an Arbeitskräften gekennzeichnet. Neben demografischen Ursachen ist vor allem ein „Mismatch“ zwischen vorhandenen und nachgefragten Qualifikationen zu beobachten. Die Arbeitslosenquote lag laut AMS-Arbeitsmarktservice Österreich Ende 2023 bei 7,8 %. Rund 92.000 offenen Stellen standen im Dezember 2023 rund 400.000 Arbeitssuchende gegenüber.

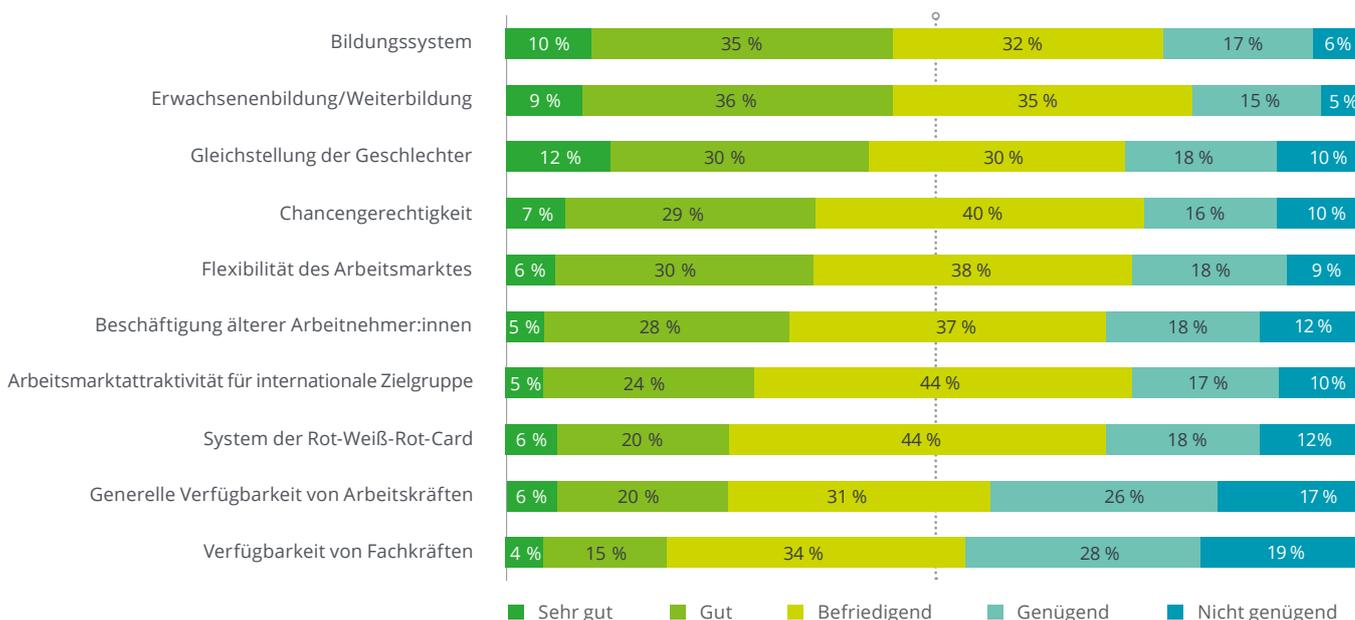
Außerdem stagniert die Zahl der Erwerbstätigen, die Bevölkerung wächst vor allem bei den über 65-Jährigen. Die Erwerbsquote der 55-jährigen liegt weit unter dem EU-Durchschnitt und Österreich hat laut Statistik Austria die zweithöchste Teilzeitquote in der EU. Mehr als die Hälfte der Frauen über 35 Jahren sind teilzeitbeschäftigt.

Diese Fakten spiegeln sich auch in den Einschätzungen der befragten Führungskräfte wider. Die Verfügbarkeit von Fachkräften beurteilen 47 % als „Nicht genügend“ oder „Genügend“. Nur 19 % geben dem Standort hier ein „Gut“ oder „Sehr gut“. Auch bei den Themen Flexibilität des Arbeitsmarktes, Chancengerechtigkeit und der Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zeichnen die Befragten ein divergentes Bild: Je rund ein Drittel ist eher positiv gestimmt, ein Drittel vergibt ein „Befriedigend“ und ein weiteres Drittel ist unzufrieden. Auch das derzeitige System der Rot-Weiß-Rot-Card kommt bei den Unternehmensvertreterinnen und -vertretern nicht sehr gut an: Lediglich 26 % bewerten dieses mit „Gut“ oder „Sehr gut“.

Empfehlungen:

Der Mangel an verfügbaren Arbeitskräften ist eine der größten Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Österreich. Das derzeit sehr geringe Wirtschaftswachstum darf nicht über die Dringlichkeit von Maßnahmen zur Lösung dieser Problematik hinwegtäuschen. Sollte die Wirtschaft wie erwartet im Jahr 2025 wieder wachsen, wird der Druck umso größer sein.

Wie gut sehen die Unternehmen den Standort Österreich im Bereich *Arbeitsmarkt* im internationalen Vergleich aufgestellt?



Vor allem in den Beschäftigungsgruppen Frauen, Ältere und Migrant:innen liegt ein großes, unausgeschöpftes Arbeitskräftepotenzial. Bessere Rahmenbedingungen und ein leichter Arbeitsmarktzugang würden helfen, dieses Potenzial zu heben. Konkrete Schritte wären hier etwa eine schnellere Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, die Förderung einer gezielten Fachkräftezuwanderung, aber auch die Attraktivierung von Vollzeit zur langfristigen Absicherung des österreichischen Sozialsystems.

Beim Thema Ausbildung sollte der Fokus gerade in der Erwachsenenbildung zunehmend auf ein duales Modell – also eine Verbindung von Theorie und Praxis – gelegt werden. Gleichzeitig müssen wir strukturelle Qualifizierungsmaßnahmen in Mangelberufen setzen, aber auch eine zeitgemäße, neu ausgerichtete Bildungsoffensive in den Bereichen Digitalisierung und Green Jobs vorantreiben, um im internationalen Vergleich aufzuholen. Generell werden Weiterbildung, Re- und Upskilling immer wichtiger – denn durch die digitale Transformation ist nicht nur die Halbwertszeit von Skills massiv gesunken, auch viele Berufsfelder haben sich stark gewandelt.



Elisa Aichinger | Partnerin Consulting sowie Diversity- und Arbeitsmarktexpertin

Standortfaktor Lebensqualität



Handlungsfelder: Gesundheitswesen und sozialer Zusammenhalt

Die Einschätzungen der Führungskräfte spiegeln die Themen des öffentlichen Diskurses wider: Österreich scheint sich politisch und gesellschaftlich zunehmend zu polarisieren. Die öffentliche Debatte ist von intensiven Auseinandersetzungen geprägt, die oft in scheinbar unversöhnliche Positionen münden. So haben etwa die Covid-19-Pandemie oder der Umgang mit dem Krieg in der Ukraine deutliche Spuren im öffentlichen Diskurs hinterlassen.

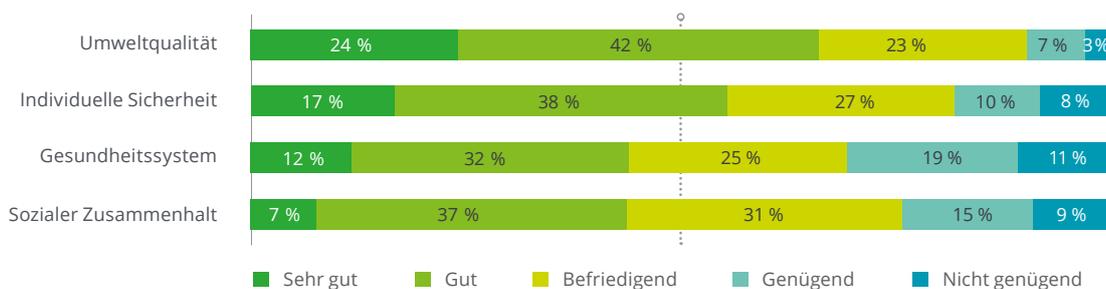
Diese Entwicklung schwächt das gesellschaftliche Wir-Gefühl, das gerade in diesen unsicheren Zeiten besonders wichtig wäre. Nur 44 % der Befragten bewerten den sozialen Zusammenhalt in Land mit „Sehr gut“ bis „Gut“. In den letzten Jahren lagen diese Werte deutlich höher. Auch die Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem lag beispielsweise in den Jahren 2022 und 2023 bei 75 % bzw. 66 % („Gut“ oder „Sehr gut“). In der aktuellen Befragung sehen das nur mehr 44 % so.

Gleichzeitig verfügt Österreich im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern über eine hohe Lebensqualität, vor allem in Bezug auf die Umwelt (66 % „Sehr gut“ oder „Gut“) und die individuelle Sicherheit (55 %).

Empfehlungen:

Vertrauen schaffen ist die große Herausforderung unserer Zeit. Gerade, wenn es um den Vertrauensaufbau hinsichtlich Handlungsfähigkeit und Lösungskompetenz von Politik und Wirtschaft geht, bedarf es einer Versachlichung der Themen und Herausforderungen als Basis für konsensfähige Lösungen. Dies gilt auch für den heimischen Gesundheitsbereich, der noch immer zu den bestausgestatteten der Welt zählt, aber diese Position zunehmend zu verlieren droht.

Wie gut sehen die Unternehmen den Standort Österreich im Bereich *Lebensqualität* im internationalen Vergleich aufgestellt?



Ein klarer Fokus auf Nachhaltigkeit ist für einen attraktiven Wirtschaftsstandort essenziell. Wichtig ist dabei ein einheitlicher Rahmen: Analog zu einer entsprechenden strategischen Ausrichtung der Unternehmen braucht auch der Staat eine Struktur für Klimainitiativen, an der sich die Betriebe ausrichten können. Das beinhaltet einerseits ein Klimagesetz, andererseits eine darauf abgestimmte Förderlandschaft.

Und auch die Lieferkette muss nachhaltiger werden – denn die historisch auf Kosteneffizienz getrimmten Lieferketten und Produktionsabläufe werden im Zeitalter globaler Krisen zu schwer bewältigbaren Risiken. Die Politik ist angehalten, hier Strukturen zu schaffen, die eine verstärkte Regionalität fördern, komplexe Lieferketten aufbrechen und Steuerbarkeit sicherstellen.

Schlussendlich spielt das Thema Kosteneffizienz aber auch weiterhin eine Rolle. Zwar können AI und Digitalisierung ihren Teil zur Effizienzsteigerung und damit zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen, trotzdem muss auch auf der Kostenseite gedreht werden. Eine Verschlinkung der Verwaltung und eine Weitergabe der Einsparungen an die Wirtschaft wäre hier ein möglicher Hebel.



Christoph Obermair | Partner Consulting und Leader Sustainability

Wahljahr 2024

Was jetzt
dringend
zu tun ist

Die Analyse der Standortfaktoren zeigt deutlich, welche Bereiche und Themen vorrangig auf die wirtschaftspolitische Agenda Österreichs gesetzt werden müssen. In unserer Befragung haben wir den Führungskräften der Unternehmen eine Liste an konkreten Maßnahmen vorgelegt und sie gebeten, diese nach ihrer Wichtigkeit zu bewerten. Die Liste der Maßnahmen ergibt sich aus den in der Öffentlichkeit am meisten diskutierten Vorschlägen sowie aus den Deloitte Analysen der letzten zehn Jahre.

Ein Dauerbrenner seit langem: Die Steuer- und Abgabenquote wird in Österreich als zu hoch wahrgenommen. Mit knapp 44 % liegen wir damit in Europa an dritter Stelle. Diese Belastung wirkt sich negativ auf das Arbeitskräfteangebot und die Arbeitsnachfrage aus. Eine hohe Einkommensbesteuerung senkt die Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit und verteuert zudem die Personalkosten der Unternehmen. Der Abbau der kalten Progression und die Senkung des Körperschaftsteuersatzes waren erste wichtige Schritte in die richtige Richtung. Es bedarf jedoch noch zahlreicher weiterer Maßnahmen, um im Wettbewerb um Investitionen und die besten Köpfe erfolgreich zu sein. Denn die Steuerbelastung ist dabei ein entscheidender Faktor.

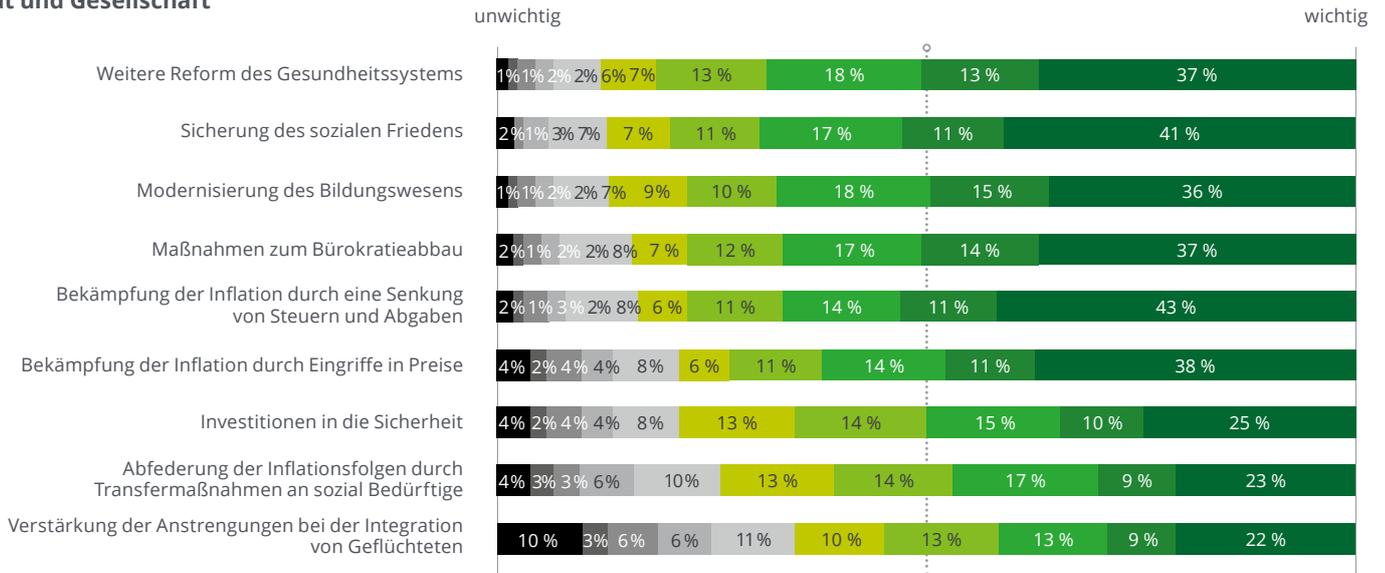
Auch die Bekämpfung der Inflation ist ein anhaltend dringendes Thema. Dass wir uns seit Jahren schlechter entwickeln als vergleichbare Länder in Europa, schwächt den Standort dramatisch und nachhaltig.

Neben diesen drängenden aktuellen Themen gibt es seit vielen Jahren Forderungen nach Reformen im Bildungsbereich, im Gesundheitswesen und bei der bürokratischen Belastung der Unternehmen. Wir wissen, dass jene Länder, die in den Rankings weit vor uns liegen, gerade in diesen Bereichen effizientere und effektivere Systeme entwickelt haben.

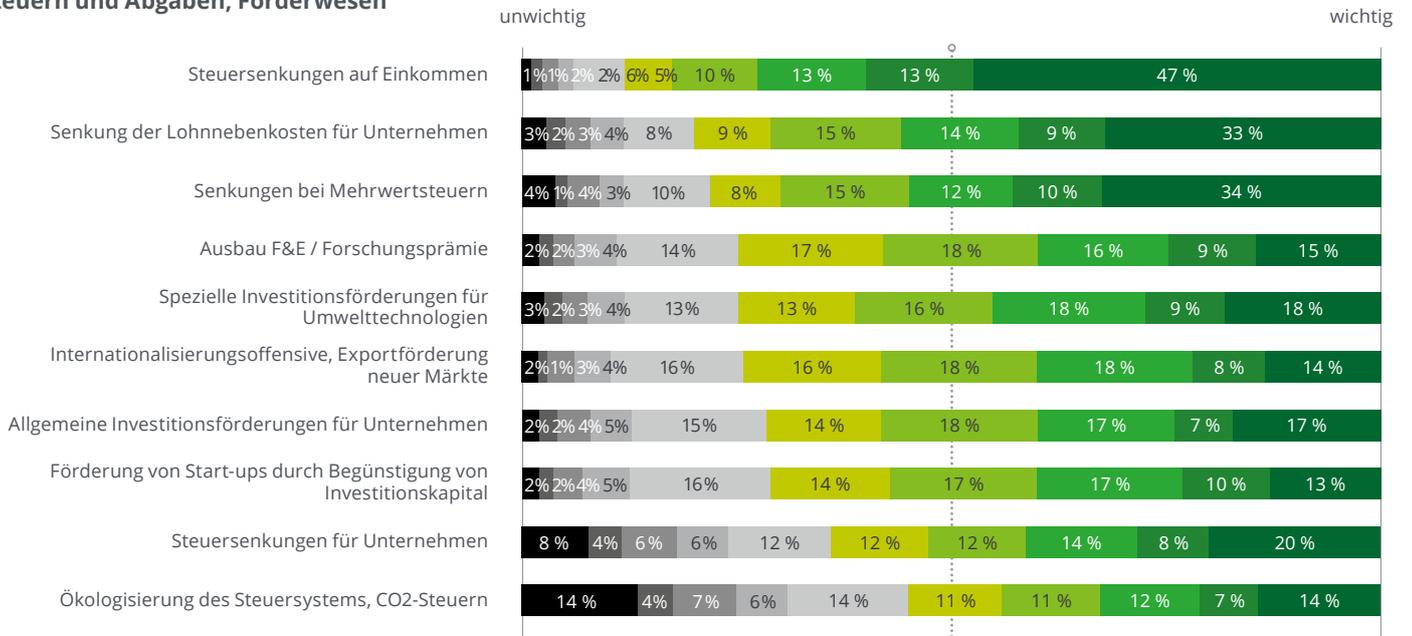
Zwar investiert Österreich vergleichsweise sehr viel, der Output ist jedoch deutlich geringer – das sollte uns zu denken geben und gerade jetzt Handlungsanreiz für die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger sein. Denn im Wahljahr 2024 werden in Österreich und Europa wieder politische Weichen gestellt. Aus Sicht von Unternehmen und Führungskräften gibt es eine überschaubare, aber entscheidende Liste an Maßnahmen und Strukturthemen, die eine künftige Bundesregierung angehen muss, um Wachstum und Wohlstand nachhaltig zu sichern.

Auf welche Maßnahmen sollte die künftige Bundesregierung besonders setzen, damit Österreich als Standort wettbewerbsfähig bleibt?

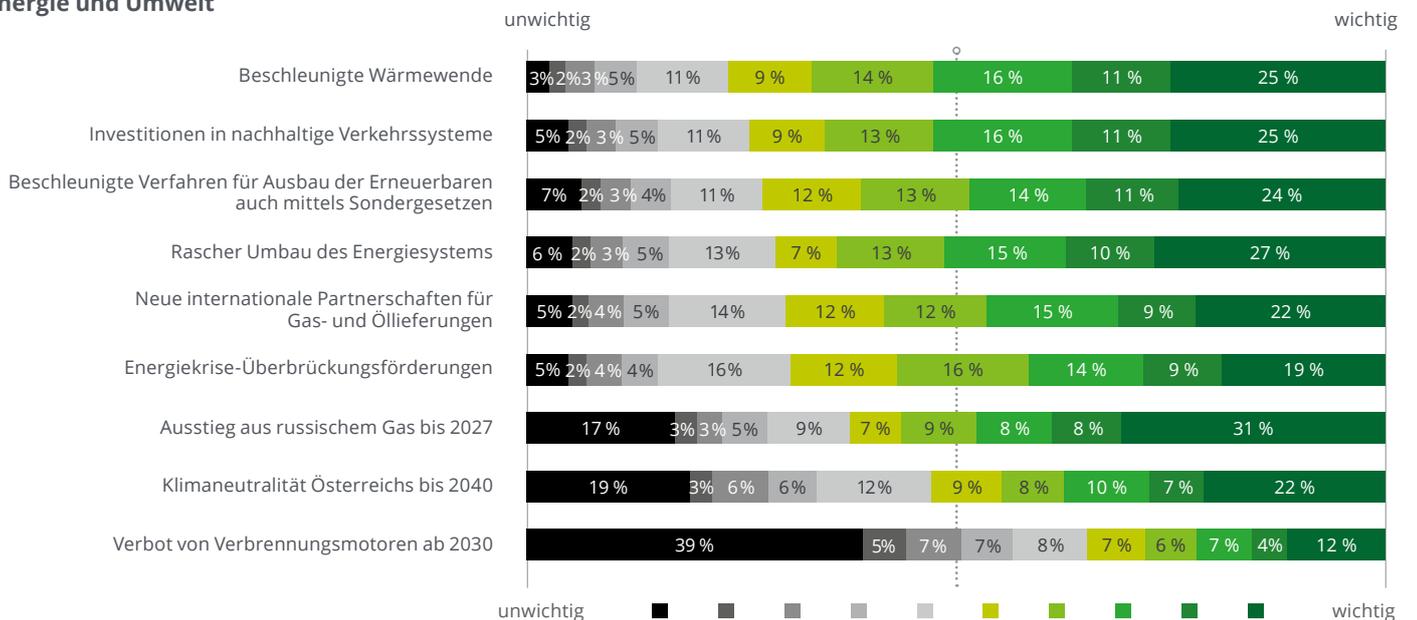
Staat und Gesellschaft



Steuern und Abgaben, Förderwesen



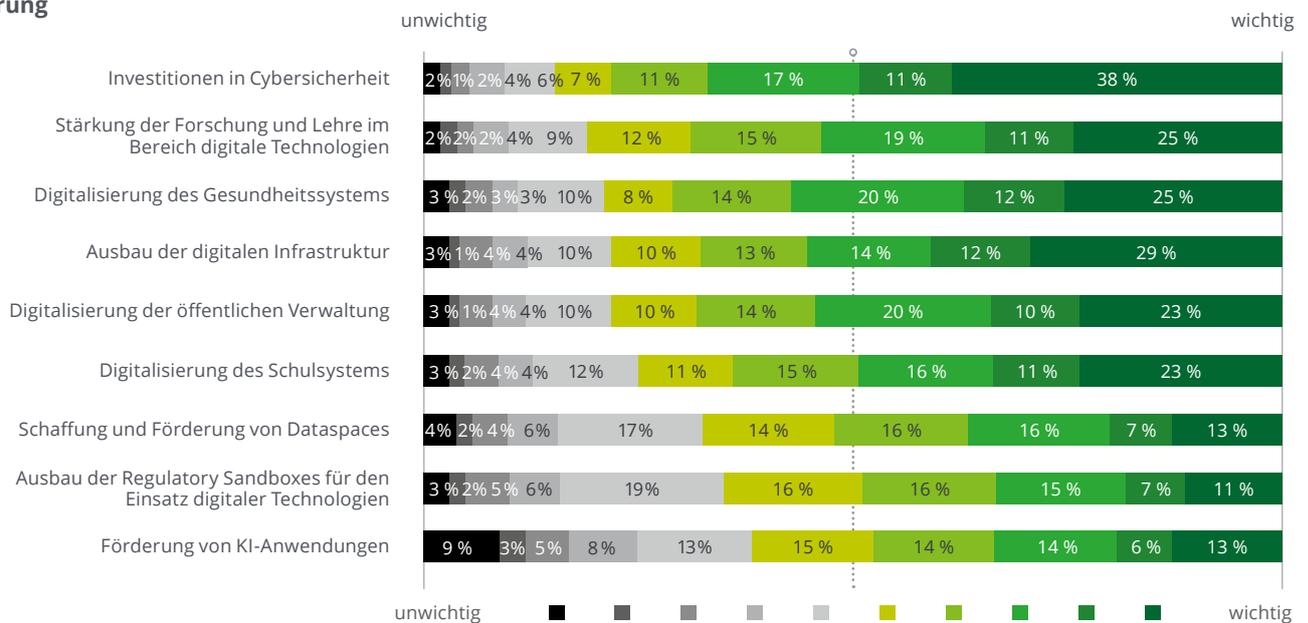
Energie und Umwelt



Arbeitsmarkt



Digitalisierung



Fazit

Die Top-Prioritäten aus Sicht
der österreichischen Unternehmen
für mehr Wettbewerbsfähigkeit
am Standort Österreich

Staat und Gesellschaft



- Reform des Gesundheitssystems
- Sicherung des sozialen Friedens
- Modernisierung des Bildungssystems
- Maßnahmen zum Bürokratieabbau
- Bekämpfung der Inflation

Steuern und Abgaben, Förderwesen



- Steuersenkungen auf Einkommen
- Senkung der Lohnnebenkosten für Unternehmen
- Senkungen bei Mehrwertsteuern
- Ausbau F&E / Forschungsprämie
- Spezielle Investitionsförderungen für Umwelttechnologien

Energie und Umwelt



- Beschleunigte Wärmewende
- Investitionen in nachhaltige Verkehrssysteme
- Beschleunigte Verfahren (Erneuerbare)
- Rascher Umbau des Energiesystems
- Neue internationale Partnerschaften für Gas- und Öllieferungen

Arbeitsmarkt



- Ausbau der Betreuungseinrichtungen für den gesamten Care-Bereich
- Erleichterungen bei Zuverdienstmöglichkeiten in der Pension
- Förderung der Aus- und Weiterbildung im Bereich Digitalisierung
- Gezielte Qualifizierungsoffensive für Zukunfts- und Mangelberufe
- Flexible Gestaltung von Arbeitszeiten entlang der Lebensphasen

Digitalisierung



- Investitionen in Cybersicherheit
- Stärkung Forschung und Lehre im Bereich digitale Technologien
- Digitalisierung des Gesundheitssystems
- Ausbau der digitalen Infrastruktur
- Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

Methode & Sample

Erhebungsmethode:

Online-Umfrage mit dem Titel „Deloitte Radar Wirtschaftsstandort Österreich 2024“

Sample:

592 Führungskräfte aus ganz Österreich

Umfragezeitraum:

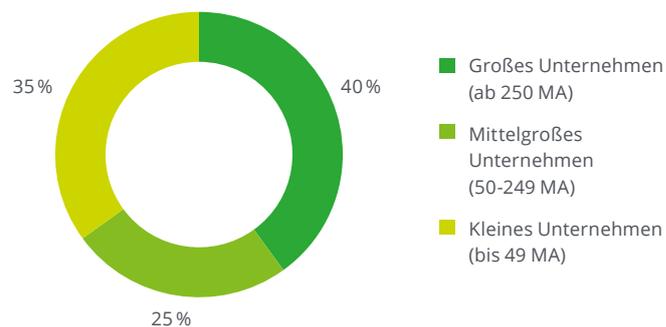
März 2024

Die Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer wurden zu Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandortes Österreich befragt. Die Systematik zu den Standortfragen entspricht den Analysen des Deloitte Radar aus den Vorjahren.

Hinweis:

Geringfügige Abweichungen von Sollwerten (z.B. 99 % oder 101 % statt 100 %) sind auf Rundungseffekte zurückzuführen.

Unternehmensgröße



Deloitte.

Deloitte bezieht sich auf Deloitte Touche Tohmatsu Limited („DTTL“), dessen globales Netzwerk von Mitgliedsunternehmen und deren verbundene Unternehmen innerhalb der „Deloitte Organisation“. DTTL („Deloitte Global“), jedes ihrer Mitgliedsunternehmen und die mit ihnen verbundenen Unternehmen sind rechtlich selbstständige, unabhängige Unternehmen, die sich gegenüber Dritten nicht gegenseitig verpflichten oder binden können. DTTL, jedes DTTL Mitgliedsunternehmen und die mit ihnen verbundenen Unternehmen haften nur für ihre eigenen Handlungen und Unterlassungen. DTTL erbringt keine Dienstleistungen für Kundinnen und Kunden. Weitere Informationen finden Sie unter www.deloitte.com/about.

Deloitte Legal bezieht sich auf die ständige Kooperation mit Jank Weiler Operenyi, der österreichischen Rechtsanwaltskanzlei im internationalen Deloitte Legal-Netzwerk.

Deloitte ist ein global führender Anbieter von Dienstleistungen aus den Bereichen Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Consulting, Financial Advisory sowie Risk Advisory. Mit einem weltweiten Netzwerk von Mitgliedsunternehmen und den mit ihnen verbundenen Unternehmen innerhalb der „Deloitte Organisation“ in mehr als 150 Ländern und Regionen betreuen wir vier von fünf Fortune Global 500® Unternehmen. „Making an impact that matters“ – ca. 457.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Deloitte teilen dieses gemeinsame Verständnis für den Beitrag, den wir als Unternehmen stetig für unsere Klientinnen und Klienten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Gesellschaft erbringen. Mehr Information finden Sie unter www.deloitte.com.

Diese Kommunikation enthält lediglich allgemeine Informationen, die eine Beratung im Einzelfall nicht ersetzen können. Deloitte Touche Tohmatsu Limited („DTTL“), dessen globales Netzwerk an Mitgliedsunternehmen oder mit ihnen verbundene Unternehmen innerhalb der „Deloitte Organisation“ bieten im Rahmen dieser Kommunikation keine professionelle Beratung oder Services an. Bevor Sie die vorliegenden Informationen als Basis für eine Entscheidung oder Aktion nutzen, die Auswirkungen auf Ihre Finanzen oder Geschäftstätigkeit haben könnte, sollten Sie qualifizierte, professionelle Beratung in Anspruch nehmen.

DTTL, seine Mitgliedsunternehmen, mit ihnen verbundene Unternehmen, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihre Vertreterinnen und Vertreter übernehmen keinerlei Haftung, Gewährleistung oder Verpflichtungen (weder ausdrücklich noch stillschweigend) für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der in dieser Kommunikation enthaltenen Informationen. Sie sind weder haftbar noch verantwortlich für Verluste oder Schäden, die direkt oder indirekt in Verbindung mit Personen stehen, die sich auf diese Kommunikation verlassen haben. DTTL, jedes seiner Mitgliedsunternehmen und mit ihnen verbundene Unternehmen sind rechtlich selbstständige, unabhängige Unternehmen.